Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die Nebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 36 Pfennige, Reklamezeile 90 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 60 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 287 — Donnerstag, den 8. Dezember 1932 — 27. Jahrgang

Präsidiumswahl im Reichstag

Verhältnismäßig ruhiger Auftakt — Goering wieder Präsident — Vertagung bis zum 15. Januar?

Im Reichstage herrschte schon vom frühen Morgen an lebhafte Tätigkeit. Die meisten neugewählten Abgeordneten waren bereits zeitig eingetroffen, um an den Vorbereitungen für die konstituierende Sitzung des Parlaments teilzunehmen, die um 3 Uhr nachmittags beginnt.

Wie sonst bei ähnlichen Gelegenheiten, so hatten sich auch heute auf den Straßen und im Tiergarten rings um das Reichstagsgebäude zahlreiche Neugierige eingefunden, namentlich junge Leute, die durch ihr Verhalten die Polizei manchmal zum Einschreiten zwangen. Vor dem Schalter, an dem die Eintrittskarten für das Publikum ausgegeben werden, bildete sich bereits um 7 Uhr früh eine Schlange, doch wurde den Interessenten sofort gesagt, daß nur 25 Karten zur Verteilung gelangen können, da die übrigen bereits seit Tagen von den verschiedenen Behörden vergeben sind. Die 25 zuerst Gekommenen harrten jedoch trotz der kühlen Witterung tapfer aus, um wenigstens um 3 Uhr tatsächlich eine Eintrittskarte zu erlangen. Die polizeilichen Sicherungsmaßnahmen im und vor dem Reichstagsgebäude waren dieselben, wie sonst an großen Tagen.

Um 11 Uhr begannen Fraktionssitzungen der Kommunisten und der Bayerischen Volkspartei. Um 12 Uhr traten auch die Sozialdemokraten zusammen, um noch Eventualanträge zu den sozialpolitischen Notverordnungen zu formulieren. Die Nationalsozialisten traten um 1 Uhr zu ihrer ersten Fraktionssitzung zusammen.

Die Gottesdienste, die jedesmal vor dem Zusammentritt eines neuen Reichstages abgehalten werden, fanden um 12 Uhr statt. Der evangelische Gottesdienst wurde im Berliner Dom abgehalten, für die Katholiken wurde eine Messe in der Hedwigs-Kathedrale zelebriert.

Der Verlauf der Sitzung

Der Sitzungssaal und die Tribünen, auch die Diplomatenloge, sind bis auf den letzten Platz besetzt. Der

Alterspräsident von Litzmann,

der in Zivil ist, wird von den sämtlich in Parteiuniform erschienenen Nationalsozialisten mit Heil-Rufen begrüßt. Der Alterspräsident dankt mit dem Faschistengruß. Die Kommunisten rufen: „Nieder!" und „Der General der geschlagenen Armee!" Nach der üblichen Feststellung, daß kein älteres Mitglied als er dem Reichstage angehört, eröffnet Abgeordneter von Litzmann (Natsoz.) als Alterspräsident die erste Sitzung des neuen Reichstages mit einer längeren Rede.

Unsere Machthaber, so führte er aus, haben in den letzten 14 Jahren sich reichlich Mühe gegeben, das deutsche Volk an Enttäuschungen zu gewöhnen. (Zwischenrufe der Komm.) Die Enttäuschungen vom 13. August und 26. November schlagen trotzdem schmerzliche Wunden. Das Volk hoffte, daß nach dem jahrelangen fruchtlosen Experimentieren der Reichspräsident die befreiende Tat eintreten lassen würde und glaubte, daß er, wie früher den Führer der stärksten politischen Bewegung mit der Führung der Regierung betrauen würde. Das hätte in diesem Falle den Mann betroffen, der allein fähig ist, das Vaterland zu retten. (Beifall bei den Natsoz. — Gelächter links und Rufe der Komm.: „Nieder mit Hitler,") Aber statt vor allem zu fragen, wer denn überhaupt imstande sei, die jetzige Lage zu beherrschen (Zuruf bei den Komm.: „Ihr niemals!"), hat man sich tagelang über die Begriffe „parlamentarische Regierung", „Präsidialregierung" usw. unterhalten und ein Scheingefecht geführt. Man wollte eben unserem Führer nicht die Macht überlassen. Man hat ihm darum unerfüllbare Bedingungen gestellt. (Zuruf bei den Soz.: „Ich denke, er kann alles?). Derselbe Herr Reichspräsident, der einem Hermann Müller, einem Brüning und einem Franz von Papen sein volles Vertrauen geschenkt hatte (Zuruf bei den Kommunisten: Wofür Sie den breiten Rücken hinhielten), versagte sein Vertrauen dem Manne, in dem Millionen Deutscher den größten und besten sehen, den Deutschland gegenwärtig besitzt (Stürmischer Beifall bei den Natsoz. — Lachen bei den Soz. und Komm.), der seit 14 Jahren und länger an dem Problem gearbeitet hat, wie Deutschland zu retten ist. In seinem Brief an den Reichspräsidenten vom 23. November, der an Klarheit, Gradheit, Wärme (Lachen links und Rufe: „Röhm!") nicht zu übertreffen ist, hat Adolf Hitler unter dem Einsatz seiner Person (Zuruf bei den Komm.: Siehe Burgkeller!) sich dem Herrn Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt. Dieser hat ihn abgelehnt! (Gelächter und Rufe links: „Das glauben wir!) Das Ergebnis der Papen-Regierung ist innerpolitisch das Chaos, außenpolitisch die Isolierung Deutschlands. Die Not des deutschen Volkes (Zuruf bei den Soz.: An der Ihr schuld seid!) ist grenzenlos. Im Monat Oktober dieses Jahres haben in Berlin 198 Menschen sich selbst das Leben genommen. (Zurufe bei den Komm.: „Aber keine pensionierten Offiziere!") Genau 18 Jahre ist es her, daß Feldmarschall von Hindenburg sich zum Retter Deutschlands machte. Am 29. November 1914 fand der Durchbruch nach Brzezny statt, im Anschluß daran die Schlacht bei Lodz. (Zuruf bei den Komm.: „Wo waren Sie damals? In der Etappe?) Die glückliche Wendung wurde durch meine Infanteriebeigabe Hackelgeschwi und Hindenburg gab zu, daß er uns den Feldmarschallstab zu danken habe. Heute handelt es sich darum, daß er dem historischen Fluch entgeht, das deutsche Volk zur Verzweiflung getrieben, dem Bolschewismus preisgegeben zu haben. (Huh-Rufe bei den Komm.), obwohl der Retter bereitstand. Das Wohl und Wehe von Volk und Vaterland muß die einzige Richtschnur unseres Denkens und Handelns sein. Vorteil und Wunsch des einzelnen oder einer Gesellschaftsschicht oder einer politischen Partei oder gar einer auswärtigen Macht, dürfen dabei ganz und gar keine Rolle spielen. (Stürm. Beifall bei den Natsoz. — Lärm und Rufe bei den Komm.: Denken Sie an die Rom-Reise, Südtirol! — Gegenrufe der Natsoz.: Tiere seid Ihr, keine Menschen!) Gleichgültig ob er von Dauer ist oder ob er in scherzhafter Anwendung des Artikels 1 der Reichsverfassung „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" bald wieder aufgelöst wird, muß der Reichstag vor allem an eines denken, ans Vaterland!

Darauf nimmt der provisorische Schriftführer Abg. Lauerenz (Dntl.) den Namensaufruf zur Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses vor.

Der Alterspräsident teilt mit, daß nach der Zählung 566 Abgeordnete anwesend sind, das Haus also beschlußfähig ist. Die Abgeordneten Dr. Frick (Natsoz.) und Torgler (Komm.) beantragen, die in Haft befindlichen nationalsozialistischen Abgeordneten Keller, Gretzsch und die kommunistischen Abgeordneten Maddalena, Buchmann und Thom freizulassen. Abg. Torgler beantragt weiter die Aufhebung der Burgfriedensnotverordnung.

Abg. Dittmann (Soz.) stimmt der Haftentlassung der drei Kommunisten zu und richtet an die Nationalsozialisten die Frage, ob es richtig sei, daß die Abgeordneten, deren Freilassung sie fordern, wegen Totschlags und Bombenlegerei im Gefängnis sitzen. Diese Fälle müßten erst dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen werden.

Abg. Dr. Frick (Natsoz.) erklärt, nach dem Widerspruch des Abg. Dittmann gegen die sofortige Haftentlassung der Nationalsozialisten widerspreche er auch der sofortigen Haftentlassung der Kommunisten (Lärm links).

Alterspräsident von Litzmann erklärt: Wir kommen nun zur Wahl des Präsidenten.

Die Kommunisten unterbrechen ihn lärmend mit dem Ruf: Sie müssen erst unsere weiteren Anträge zur Abstimmung stellen!

Abg. Dr. Frick (Natsoz.) schlägt den Abg. Goering zum Reichstagspräsidenten vor.

Abg. Steinhoff (Dntl.): Trotz unserer Bedenken gegen die Person des Abg. Goering würden wir für ihn stimmen, wenn die Nationalsozialisten ihre Bedenken gegen . . .

Der Schluß des Satzes geht unter in den lärmenden Rufen der Komm.: Wir verlangen Abstimmung!

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, seine Freunde könnten zum Reichstagspräsidenten nicht den Vertreter einer antiparlamentarischen Partei wählen. Er schlage als Gegenkandidat den Abgeordneten Löbe vor.

Abg. Rädel (Komm.) schlägt den Abgeordneten Torgler vor. Bei der Stichwahl würden aber die Kommunisten für Löbe stimmen (Hört! Hört!), obwohl sie den Sozialdemokraten nach wie vor die Hauptschuld an der Stärkung des Faschismus beimäßen.

Abg. Steinhoff (Dntl.) hatte erklärt: Trotz der Bedenken, die unsere Fraktion gegen Herrn Goering hat, hätten wir ihm unsere Stimme gegeben, wenn die Nationalsozialisten nicht deutlich angekündigt hätten, daß sie gegen den Kandidaten der deutschnationalen Fraktion, den Abgeordneten Graef, stimmen würden. Wir schlagen daher vor, den Abg. Graef zum Reichstagspräsidenten zu wählen.

Der Alterspräsident läßt hierauf die Wahl des Reichstagspräsidenten in Form des Hammelsprunges vornehmen.

Die Abgeordneten verlassen den Saal und geben beim Wiedereintritt ihre Stimmkarten ab.

Zur Wahl steht außer den Abgeordneten Goering, Löbe und Torgler auch der Abgeordnete Graef (Dntl.)

Bei der Präsidentenwahl erhielt Abg. Goering (Natsoz.) 279 Stimmen. Abg. Goering ist somit im ersten Wahlgang zum Reichstagspräsidenten gewählt, da die absolute Mehrheit 273 Stimmen beträgt. Die Nationalsozialisten begrüßen mit lauten Heilrufen die Verkündung des Wahlergebnisses und dann den Präsidenten Goering, als der den Präsidentensitz einnimmt. Präsident Goering dankt zunächst dem Alterspräsidenten von Litzmann.

Die Deutsche Volksvertretung sei in letzter Zeit herabgewürdigt worden. Man habe von überlebtem Parlamentarismus gesprochen im Gegensatz zu einer autoritären Staatsführung. Auch wir sind gegen eine überlebte Parteiherrschaft. Aber die Regierung hat alles getan, um den Begriff der Autorität gründlich zu zerstören. Der Kuhhandel der letzten Wochen steht einzig da und selbst alte erprobte Parlamentarier könnten vor Neid blaß werden, wenn sie an diesen Kuhhandel der autoritären Staatsregierung denken. (Heiterkeit und Beifall.) Wir brauchen eine autoritäre Staatsführung, aber sie muß der Verfassung gemäß sich stützen auf die Kraft des deutschen Volkes und nicht auf Bajonette, denn Bajonette sind zu allem möglichen gut, aber nicht, um darauf zu sitzen. (Beifall.) Wir bedauern, daß durch die Ernennung des Wehrministers zum Reichskanzler unsere kleine, aber ausgezeichnete Reichswehr in den Streit der Parteien hineingezogen wird. Niemals darf unsere Wehrmacht benutzt werden, um im Innern als Polizei gebraucht zu werden. Mit dem Artikel 48 wird jetzt so regiert, daß der reine Absolutismus an der Tagesordnung ist. Wenn man der Volksvertretung das Recht nehmen will, durch ein Mißtrauensvotum eine Regierung zu stürzen, so ist das niemals mit der Verfassung vereinbar.

Man mag zur Auflösung des Reichstages jedesmal andere Gründe heranziehen, um dem Buchstaben der Verfassung zu genügen, aber dem Geist der Verfassung entspricht dieses Verfahren nicht. (Beifall.) Nach der Verfassung geht die Staatsgewalt vom Volke aus und damit hätte mit der Staatsführung Adolf Hitler betraut werden müssen, hinter dem ein Drittel des ganzen Volkes steht. (Unruhe bei den Komm.) Ich trete mein Amt an als Dienst am deutschen Volk.

Für die nun folgende Wahl des ersten Vizepräsidenten schlägt Abg. Dr. Frick (Natsoz.) den Abgeordneten Esser (Zentr.) vor.

Abg. Löbe (Soz.): Wir schließen uns diesem ausgezeichneten Vorschlag an. Wir hoffen dabei, dem Herrn Reichstagspräsidenten Goering eine Hilfe zur Seite zu stellen für seine Bemühungen um die Parlamentsrechte und um die Verfassung von Weimar. (Heiterkeit.)

Von den Kommunisten wird der Abg. Torgler vorgeschlagen. Zum Ersten Vizepräsidenten wird der Abg. Esser (Zentr.) gewählt mit 445 Stimmen. Auf den Abg. Torgler (Komm.) fielen 93 Stimmen.

Zur Wahl des Zweiten Vizepräsidenten schlagen die Sozialdemokraten den Abg. Löbe, die Nationalsozialisten den Abg. Rauch (WVP.), die Deutschnationalen den Abg. Graef und die Kommu-

Das Ergebnis der ersten Sitzung

Bei aller Belebtheit des äußeren Verlaufes hat die gestrige Eröffnungssitzung des neuen Reichstages keine politischen Sensationen gebracht. Bis fast zum Schluß der Sitzung war aber die wesentlichste Frage offen, nämlich die, ob es bereits heute zur Entscheidung über das Schicksal auch dieses Reichstages kommen oder ob er sich über Weihnachten und Neujahr vertagen würde. Unvorhergesehene Plötzlichkeiten, die alle Berechnungen umwerfen können, sind natürlich auch jetzt noch nicht ausgeschlossen. Aber unter diesen Vorbehalten kann es jetzt als sicher gelten, daß der Reichstag sich am Freitagabend bis zum 15. Januar vertagen wird. Die Ablehnung des kommunistischen Antrages, das Mißtrauensvotum, und des sozialdemokratischen Antrages, die Regierungserklärung auf die heutige Tagesordnung zu setzen, wird in parlamentarischen Kreisen als charakteristisch, gewissermaßen als Vorabstimmung für die Entscheidung über die Vertagung ins nächste Jahr hinein angesehen.

Der Reichstag wird heute und Freitag — dazwischen liegt der katholische Feiertag — das Gesetz über die Regelung der Stellvertretung des Reichspräsidenten und das über die Aufhebung der sozialpolitischen Bestimmungen der Juni-Notverordnung behandeln und annehmen. Man rechnet sogar damit, daß für beide Gesetze ungewöhnlich große Mehrheiten zusammenkommen. Bei dem Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten kann sogar annähernd Einstimmigkeit erzielt werden. Sehr viel anders liegt es übrigens auch keineswegs bei dem zweiten Gesetz, zumal die Reichsregierung selbst ohnehin die Absicht hatte, diese Bestimmungen außer Kraft zu setzen. Nach Erledigung dieser beiden Aufgaben wird der Reichstag sich dann voraussichtlich am Freitagabend bis zum 15. Januar vertagen.

Im Reichstag sieht man die politische Bedeutung dieser voraussichtlichen Entwicklung in zwei Punkten. Einmal ist bedeutsam, daß die neue Reichsregierung bis Mitte Januar Zeit zu ruhiger Arbeit hat. Die Vertagung um fünf Wochen wäre ein unleugbarer Erfolg — der erste Erfolg — des Kabinetts Schleicher, durch den auch im Augenblick verhindert würde, daß neue Beunruhigung in die Wirtschaft hineingetragen wird. Das ist umso bemerkenswerter, als gerade augenblicklich, z. B. aus dem Ruhrgebiet sehr ansehnliche Ansätze einer Wirtschaftsbelebung gemeldet werden, so bei der Kohlenförderung eine Besserung um 15 Prozent. Aehnlich ist die Steigerung in der Eisenerzerzeugung, und beim Rohstahl beträgt sie sogar 33 Prozent. Gerade bei den Abgeordneten, die in enger Verbindung mit der Wirtschaft stehen, wird die ruhige parlamentarische Entwicklung, die sich zunächst für eine gewisse Zeit anzubahnen scheint, in diesem Zusammenhang mit lebhafter Genugtuung verzeichnet. Der zweite Gesichtspunkt für die parlamentarische Beurteilung ist die Tatsache, daß der Reichstag, der für heute und Freitag in Aussicht genommenen Tätigkeit wieder anfängt, seine gesetzgeberischen Aufgaben zu erfüllen. In den Kreisen, die grundsätzlich auf dem Boden des Parlamentarismus stehen, wird besonders begrüßt, daß der Reichstag sich damit wieder als arbeitsfähig erweist, statt sich in fruchtlosen Negativen wie Mißtrauensvoten und dergl. zu erschöpfen. Das wird, so sehr es sich auch nur um einen Anfang handelt, als ein wesentlicher Fortschritt zur Wiederherstellung parlamentarischer Verhältnisse empfunden, ein Fortschritt übrigens, der auch in Kreisen der Reichsregierung schon deshalb mit Befriedigung aufgenommen wird, weil das Parlament, wenn es wieder zu seiner ureigensten Aufgabe der Gesetzgebung zurückkehrt, dem Reichspräsidenten die seit langem gewünschte Entlastung auf diesem Gebiete bringt.